



Welche Abstände erzwingt die Corona-Krise? - 2

Von Friederike Spiecker | 8.12.2020

In der Corona-Krise wird sachliche Auseinandersetzung zunehmend durch unproduktiven, Kräfte zehrenden Streit ersetzt, der bis hin zu Lagerbildung und Hass führt. Der schlechteste Weg durch die Krise, den eine Gesellschaft einschlagen kann.

Teil 2: Kritik an den Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Krise

Die tägliche Zahl der nachgewiesenen Neuinfektionen mit dem Corona-Virus verharrt nach steilem Anstieg im Oktober seit Mitte November auf hohem Niveau, und die Zahl der an oder mit Covid-19 Verstorbenen nimmt bis heute stark zu (vgl. Abbildung 1). Und das trotz des Teil-Lockdown seit Anfang November. Sind die Maßnahmen zur Kontaktbeschränkung sinn-, weil an und für sich

wirkungslos, oder werden sie "nur" nicht befolgt? Sind die Maßnahmen sogar kontraproduktiv, weil sie Nicht-Befolgung heraufbeschwören? In welchem Verhältnis stehen Nutzen und Schaden der Maßnahmen und wie sind Nutzen und Schaden verteilt? Was ist von den jetzt zusätzlich beschlossenen und den potenziell noch anstehenden Verschärfungen der Kontaktbeschränkungen deshalb zu erwarten? Und welche Rolle spielen in diesem Zusammenhang die wirtschaftspolitischen Instrumente, mit denen die ökonomischen Nebenwirkungen der Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung abgefedert werden sollen?

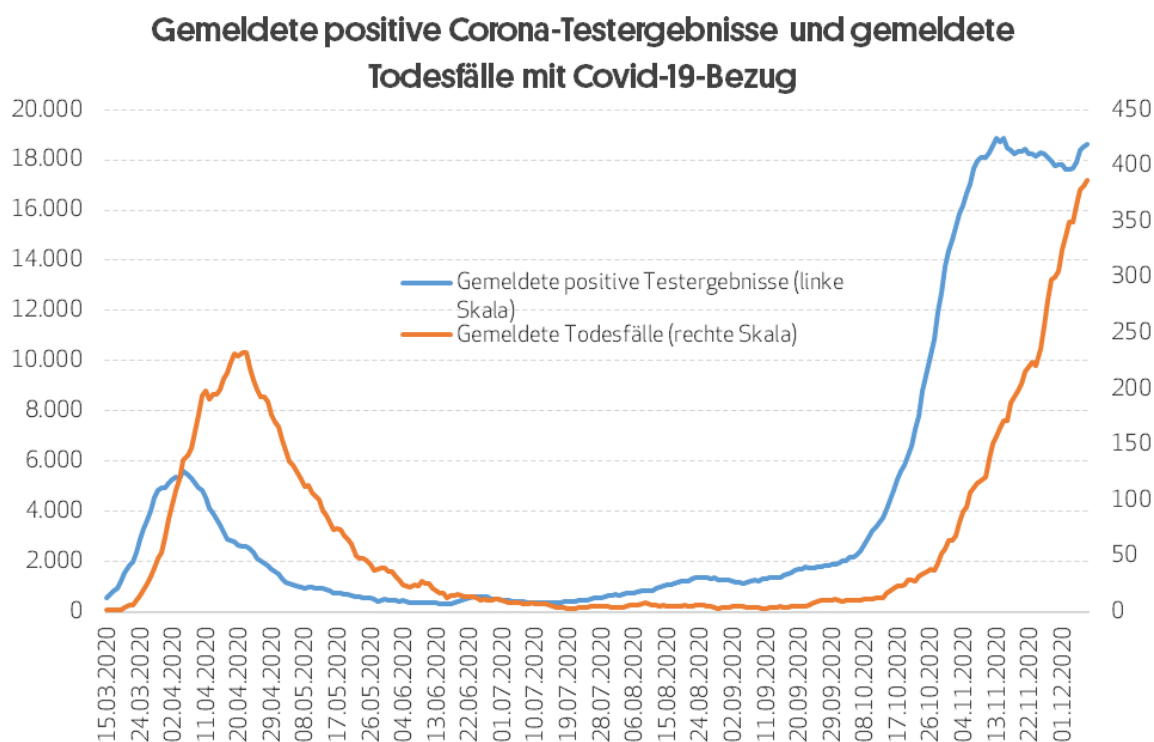


Abbildung 1: Gemeldete positive Corona-Testergebnisse und gemeldete Todesfälle mit Covid-19-Bezug, gleitendes 7-Tage-Mittel, nach Meldedatum, Zeitraum 15.3.2020-8.12.2020, Quelle: www.rki.de

Keine dieser Fragen lässt sich isoliert beantworten, weil die Krise, die das Corona-Virus ausgelöst hat, komplex ist. Zudem können die meisten Fragen nicht mit großer Sicherheit richtig beantwortet werden. Denn viele infektiologische Zusammenhänge sind bislang noch nicht hinreichend geklärt, so dass Entscheidungen über Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung nach wie vor unter Unsicherheit getroffen werden müssen. Der Lernprozess, der hier Experten, Politikern und eigentlich jedem Mitglied der Gesellschaft abverlangt wird, ist enorm und scheint manche zu überfordern.

An die Stelle sachlicher Auseinandersetzung tritt daher nicht selten unproduktiver, Kräfte zehrender Streit, der bis hin zu Lagerbildung und Hass führt. Das ist jedoch mit großer Sicherheit der schlechteste Weg durch die Krise, den eine Gesellschaft einschlagen kann. Denn wie auf dem Feld der Makroökonomie gilt auch hier: Das Wohl der gesamten Bevölkerung wird nicht dadurch am besten realisiert, dass jeder seine persönlichen Interessen durchzusetzen versucht (Beispiel aus der Ökonomie: gegenseitiges deflationäres in Grund und Boden Konkurrieren bei den Löhnen). Stattdessen müssen die Dinge unter dem Aspekt betrachtet werden, wie sich die Gesamtsituation ändert, wenn sich jeder einzelne so und so verhält.

Konkret: Schwelt die Pandemie auf niedrigem Niveau dahin und ermuntert das einzelne, Abstands- und Hygieneregeln nicht mehr ernst zu nehmen, weil sie sie für offensichtlich unnötig halten, lösen diese einzelnen möglicherweise zweierlei aus: Nachahmung nach dem Motto "Der/die macht auch nicht mehr so einen Zirkus, warum also ich?" und zusätzliche Infektionen. Damit ändern sich jedoch auf Dauer (und eventuell sogar recht schnell) die Rahmenbedingungen, unter denen die einzelnen ihre Entscheidung für weniger Vorsicht getroffen hatten. Eine Krisenstrategie muss diese Rückkoppelung berücksichtigen und vor allem klar kommunizieren. Nur wenn der Sinn von Maßnahmen einem sehr großen Teil der Bevölkerung einleuchtet und sie als fair empfunden werden, wird die für einen Erfolg der Strategie notwendige Beteiligung an den Maßnahmen erreicht.

Einer der häufigsten Sätze, die ich in Gesprächen über die Krise mit anderen Menschen gehört habe, lautet: "Ich möchte jetzt nicht in der Haut eines politisch Verantwortlichen stecken." Und genau deswegen ist es so wichtig, dass, wer sich zu Wort meldet, *konstruktive* Kritik übt und nicht einfach verbal um sich schlägt und auf die Verantwortlichen quasi einprügelt.

Kontraproduktive Maßnahmen zur Eindämmung des Infektionsgeschehens?

Eindeutig geklärt ist, dass sich die Pandemie durch Kontakte zwischen Menschen ausbreitet. Kontaktbeschränkungen haben zum Ziel, Infektionsketten zu unterbrechen und so das Infektionsgeschehen einzudämmen. Führen Kontaktbeschränkungen in *einem* Bereich aber nicht zu einer Verringerung von Kontakten *insgesamt*, sondern nur zu einer Verlagerung in andere Bereiche und womöglich zu einer Steigerung der Zahl oder Intensivierung von Kontakten, so wirken die Beschränkungen nicht oder schlimmstenfalls kontraproduktiv.

Beispiel Schließung der Gastronomie und des Übernachtungsgewerbes: Treffen sich Menschen in Reaktion darauf vermehrt in Privatwohnungen, die nicht anhand ausgefeilter Hygienekonzepte umgerüstet wurden wie viele Restaurants oder Hotels und die nicht wie öffentliche Lokale von Behördenvertretern kontrolliert werden können, wird möglicherweise das Gegenteil von dem erreicht, was beabsichtigt war. Ohne die Bereitschaft der Bevölkerung, die Maßnahmen nicht durch ihr Verhalten zu konterkarieren, bewirken die Maßnahmen keine Verlangsamung des Infektionsgeschehens, vielleicht sogar eine Beschleunigung.

Beispiel Home-Schooling: Treffen sich Kinder und Jugendliche nach dem Online-Unterricht zu Hause vermehrt mit Freunden, die sie sonst in der Schule gesehen und gesprochen hätten, kann das ebenfalls kontraproduktiv wirken. Denn in den Schulen wird unter der Anleitung und Aufsicht der Lehrenden möglicherweise ein höherer Hygienestandard eingehalten, als wenn die jungen Menschen privat zusammenkommen.

Auf diese potenziellen unerwünschten "Nebeneffekte" von Maßnahmen muss entweder durch bessere Kommunikation von Seiten der Politik und der Medien reagiert werden, die auf mehr Information und daraus folgender Einsicht der Menschen setzt. Und/oder es müssen parallel weitere Maßnahmen verhängt werden, die Ausweichreaktionen verhindern, soweit das rechtlich oder praktisch überhaupt möglich ist. Die dritte Möglichkeit besteht in der Aufhebung oder Abmilderung solcher Maßnahmen, die im Verdacht stehen, kontraproduktiv zu wirken.

Beim Abwägen dieser Möglichkeiten muss man bedenken, dass eine kleine Gruppe rücksichtsloser Menschen durch das Ignorieren von Vorschriften zur Kontaktreduktion nicht nur anderen direkt Schaden zufügen kann. Sie kann eben auch dadurch, dass sie als Gegenreaktion härtere Maßnahmen heraufbeschwört, die Belastung anderer Menschen durch die Maßnahmen erhöhen. Damit können Rücksichtslose für ihren Standpunkt weitere Anhänger gewinnen, die die ursprünglichen Maßnahmen vielleicht erträglich fanden, ihre Verschärfung aber nicht mehr mittragen wollen. Der nachlaufende Indikator der Todesfallzahlen wirkt zwar in die Gegenrichtung. Aber es wäre ein Armutszeugnis für unsere Gesellschaft, wenn erst mehr Tote zu mehr Besinnung führten.

Unerwünschte Nebenwirkungen von Maßnahmen zur Kontaktbeschränkung

Von dem Aspekt der direkten Kontraproduktivität von Maßnahmen zu trennen sind unerwünschte psychische und soziale Nebenwirkungen, die Kontaktbeschränkungen mit sich bringen, wie Vereinsamung, Depressivität, gesteigerte Chancenungleichheit bei der Bildung, Überlastung der Familien, daraus resultierende gesteigerte Aggressivität und Gewalt etc. Man muss sie deshalb getrennt betrachten, weil hier das Ziel der Infektionseindämmung mit anderen Dimensionen des Wohls der Bevölkerung konkurriert. Diese verschiedenen Dimensionen gegeneinander abzuwägen, bedeutet Werturteile zu fällen und etwa das Wohl von Kindern dem von gesundheitlich Gefährdeten gegenüber zu stellen.

Auf ein spezielles Problem möchte ich in diesem Zusammenhang kurz eingehen. Manche Kritiker der Corona-Maßnahmen argumentieren, dass z.B. das Reservieren von Krankenhausbetten für potenzielle Corona-Patienten oder die Angst vor Ansteckung in Arztpraxen die Gesundheit vieler Menschen verschlechtert hätten, weil Operationen oder Arztbesuche aufgeschoben wurden. Das spricht m.E. dafür, dass die Gesunden noch mehr Rücksicht nehmen und auf Kontakte verzichten sollten, um die Zahl der Corona-Infektionen so gering wie möglich zu halten und dadurch Arztpraxen und Krankenhäuser zu entlasten, damit die ihre üblichen Aufgaben gut erledigen können. Und es spricht dafür, sich stärker um die Aufklärung chronisch Kranker zu bemühen, um zu verhindern, dass sie notwendige ärztliche Versorgung aus falsch verstandener Angst vor Ansteckung nicht in Anspruch nehmen. Eine Verringerung von Maßnahmen zur Kontaktbeschränkung scheint mir hingegen keine rationale Schlussfolgerung.

Zurück zu den unerwünschten "Nebenwirkungen" der Kontaktbeschränkungen. Sie sind nicht zu leugnen, sie dürfen nicht kleingeredet werden. Aber Zielkonflikte so gut wie möglich zu entschärfen, ist hilfreicher, als sie lauthals zu beklagen und Maximalforderungen für das Erreichen des einen oder des anderen Ziels aufzustellen. Es dürften sich Bereiche finden lassen, in denen Entscheidungen, wie konkrete Maßnahmen aussehen sollten, auf lokaler Ebene im Rahmen genereller Vorgaben besser, nämlich zielgenauer getroffen werden könnten, um negative Nebenwirkungen zu verringern, als bis ins Detail ausgefeilte Anweisungen "von oben", die den jeweiligen unterschiedlichen Gegebenheiten vor Ort doch nicht gerecht werden können.

Verantwortung zu übernehmen und sich mit Kreativität und Einsatzbereitschaft um ausgleichende Lösungen zu bemühen, sind Menschen eher bereit, wenn sie auch die entsprechende Entscheidungskompetenz haben. Hier wäre den

politisch Verantwortlichen mehr Mut zu wünschen. Das Argument, so käme es zu einem unübersichtlichen und von vielen als ungerecht empfundenen Flickenteppich von Vorschriften, trägt aus meiner Sicht nicht weit. Denn erweisen sich lokale Konzepte als erfolgreich, könnten sie freiwillig an anderen Orten nachgeahmt werden (Stichwort "Nutzung der Schwarmintelligenz"). Übergeordnete Behörden z.B. im Schulwesen könnten sich hier als Moderatoren für gegenseitigen Austausch von Erfahrungen auf lokaler Ebene engagieren.

Wer mit dem Flickenteppich-Argument für bundesweit einheitliche Detail-Vorschriften plädiert, muss Widersprüche erklären, die sich auf Bundesebene abspielen. Beispiel: Warum dürfen Industriearbeiter mit Maske und Abstand nebeneinander arbeiten, Kino- oder Theater- und Konzertbesucher jedoch nicht mit Maske und Abstand nebeneinander in gut belüfteten Räumen sitzend einen Film oder ein Theaterstück ansehen bzw. einem Konzert mit kleiner Besetzung lauschen?

Die offizielle Antwort dürfte in den meisten Fällen lauten: weil es bei den einen um den Beruf und ihr Arbeitseinkommen geht, bei den anderen um ihr "Vergnügen". Aber diese Antwort greift zu kurz. Denn selbstverständlich geht es auch beim Kinobesitzer, beim Filmverleih, bei Schauspielern und Musikern um ihren Beruf und ihr Arbeitseinkommen. Und beim Kulturfan hat das "Vergnügen" eine wichtige soziale und psychische Funktion. Es ist kein Wunder, dass bei derlei widersprüchlichen Regelungen der Verdacht aufkommt, hier werde mehr nach der ökonomischen Bedeutung und Macht, die eine Branche hat, entschieden als nach der reinen Infektionswahrscheinlichkeit.

Die Abfederung der ökonomischen Folgen der Pandemie-Bekämpfung ist der Schlüssel

Und damit sind wir auf dem Feld der Ökonomie und ihrer Steuerung in der Pandemie angekommen. Wenn auf diesem Gebiet eklatante Widersprüche in der Regulierung ähnlicher Sachverhalte herrschen, führt das unweigerlich zu großem Unmut bei den negativ Betroffenen. Und dieser Unmut könnte eine Ursache dafür sein, dass Vorschriften offen missachtet, abgelehnt und regelrecht bekämpft werden. Die Politik ist aufgefordert, zum einen von ihr erteilte Arbeitsverbote klar zu begründen und zum anderen die davon ökonomisch Betroffenen *angemessen* zu entschädigen. Hilfen auf Suppenküchenniveau sind dabei ebenso unangemessen wie warmer Geldsegen nach dem Gießkannen-Prinzip.

Bitter rächt sich jetzt die mangelnde Vorausschau, die der Politik in der Tat vorzuwerfen ist. Denn dass die Pandemie ab Herbst höchstwahrscheinlich wieder aufflammen würde, war von vielen Fachleuten bereits Monate vor dem Anstieg der positiven Testergebnisse im Oktober und dem Anstieg der Todesfälle mit Covid-19-Bezug im November vorhergesagt worden. In der ZEIT [schrieb Christian Drosten am 5. August 2020](#) „wir müssen uns vor allem darauf einstellen, dass die zweite Welle eine ganz andere Dynamik haben wird“. Dabei handelte es sich übrigens um einen Text mit vernünftigen Überlegungen und konstruktiven Vorschlägen aus virologischer Sicht, von denen man sich gewünscht hätte, dass mehr davon im August und September tatsächlich umgesetzt worden wäre. Auch der NDR-Podcast von Christian Drosten drei Wochen später am 1. September 2020 enthielt die Warnung vor dem Überschreiten bestimmter Schwellenwerte. Anderenfalls drohe, dass die Welle irgendwann außer Kontrolle gerate ([PDF-Skript](#), S. 10). Genau das ist in den Wochen nach dem 1. September 2020 passiert, muss man heute konstatieren.

Wie wenig die Politik auf den Fall eines Wiederaufflammens der Pandemie vorbereitet war und ist, lässt sich am Beispiel der Novemberhilfe demonstrieren. Zwar hat das Wirtschaftsministerium aus seinem Fehler, die Soloselbständigen bei den finanziellen Hilfen im Frühjahr nahezu vergessen und mit dem Verweis auf eine gelockerte Bezugsberechtigung der Grundsicherung abgespeist zu haben, gelernt. Aber die finanziellen Hilfen jetzt an den Umsätzen zu orientieren, ist auch nicht sehr durchdacht.

Mag sein, dass der Wunsch, die Antragskriterien einfach zu gestalten, um den Betroffenen möglichst geringe bürokratische Hürden zuzumuten und ihnen schnell finanziell unter die Arme greifen zu können, der Vater des Gedankens war. Doch gemessen daran, dass bislang, wenn überhaupt, nur Abschlagszahlungen erfolgt sind, deren Obergrenzen jetzt erhöht werden sollen, und korrekt berechnete Hilfen für den November erst im neuen Jahr zu erwarten sind, kann von schneller Hilfe keine Rede sein. Ungerechtigkeiten, die mit dem Gießkannenprinzip der Umsatzorientierung anstelle einer Arbeits- und Fixkostenorientierung der Finanzhilfen verbunden sind, tun ein Übriges, den Unmut mancher Erwerbstätiger anderer Branchen zu schüren, die sich angesichts von Überstunden und Zusatzarbeit benachteiligt fühlen.

Wenn dann parallel zur Verschärfung der Maßnahmen zur Kontaktbeschränkung Anfang Dezember von Regierungsseite die Diskussion losgetreten wird, umsatzorientierte Hilfen könnten im neuen Jahr nicht einfach weiter gewährt

werden, weil sie den Staat zu teuer zu stehen kämen, ist der PR-Gau perfekt. Wer Berufsverbote erlässt und gleichzeitig offenbar überfordert ist, innerhalb eines halben Jahres faire und zielgenaue finanzielle Entschädigungen für die Betroffenen auf die Beine zu stellen, der muss sich nicht wundern, dass er Vertrauen in der Bevölkerung verspielt, die Regierung könne vernünftig durch diese Krise führen. Derjenige provoziert geradezu, dass sich die Gesellschaft immer stärker in zwei Lager spaltet: nämlich in das der Menschen, die die gesundheitlichen Schutzrechte der von der Infektion potenziell oder tatsächlich Bedrohten verteidigen, und in das der Menschen, die die ökonomischen Schäden gegen die zu rettenden Leben aufzurechnen beginnen.

Hier führen nicht epidemiologisch sinnvolle Kontaktbeschränkungen zu Existenzängsten, Depressionen und Verzweiflung, sondern eine unsinnige Wirtschaftspolitik, die keinen Ausweg aus dem alten Mantra der Schwarzen Null und des „solide“ wirtschaftenden Väterchens Staat findet. Wenn die Corona-Krise Schwächen in unserem Land offenlegt, dann gehört dazu ganz sicher die Mär vom Geldmangel des Staates, von der drohenden Hyperinflation und Belastung künftiger Generationen durch steigende Staatsschulden. Es ist ein eklatantes Versagen der Politiker fast aller Couleur, auf diesem Gebiet nicht endlich für mehr Rationalität zu sorgen und damit den Menschen die Angst vor der Zukunft und vor den notwendigen Maßnahmen zur Pandemie-Bekämpfung zu nehmen.

Wir brauchen einen Lockdown gegen den Neoliberalismus und Monetarismus

Im Vergleich zum Kenntnisstand bezüglich des Corona-Virus ist das verfügbare Wissen über die tatsächlichen volkswirtschaftlichen Zusammenhänge nahezu perfekt. Man muss es sich eben nur aneignen und die Stelle der vorherrschenden neoliberalen und monetaristischen Ideologie einnehmen lassen.

Die Regierenden und viele Medien beklagen, dass in der Corona-Krise der Glaube an Verschwörungstheorien auf dem Vormarsch sei und dadurch eine rationale Strategie zur Bekämpfung der Pandemie erschwert werde. Wenn die gleichen Leute endlich anfangen würden, ihre Schuldenphobie abzulegen, den Tanz um das goldene Kalb "Schuldenbremse" ein für alle Mal zu beenden und über die Aufgabe und Funktionsweise von Geld und Zentralbank, von Preisen, Löhnen und Zinsen, von sektorialem Sparen und Verschulden sich selbst und andere rational zu informieren, könnten sie die ökonomischen Pandemiefolgen so gut abfedern, dass sie die durch Berufsverbote Geschädigten und die sich

ökonomisch ungerecht behandelt Fühlenden nicht in die Arme der Verschwörungstheoretiker trieben. Sie könnten problemlos für fairen Ausgleich sorgen und den ökologisch notwendigen Umbau der Wirtschaftsstrukturen vorantreiben.

Während Mediziner und Pflegepersonal um [die Rettung und Heilung der an Covid-19 Erkrankten ringen](#), sich Naturwissenschaftler und Ethiker um Infektionsschutz und eine sinnvolle Impfstrategie bemühen, scheinen die meisten Volkswirte und Wirtschaftspolitiker weiterhin im neoliberalen, monetaristischen Irrgarten unterwegs zu sein und dadurch die Bemühungen der Erstgenannten vielleicht nicht gerade vorsätzlich, aber zumindest fahrlässig zu torpedieren.